Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5269**

14. Wahlperiode 09. 02. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Februar 2001

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Adam, Ulrich (CDU/CSU)	26, 27
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	32, 33
Breuer, Paul (CDU/CSU)	20, 21
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	12, 13
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	47, 48
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	57
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	43, 44
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	53, 54
Karwatzki, Irmgard (CDU/CSU)	16, 17
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	6, 7
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	41, 42
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Lamers, Karl A. (Heidelberg) (CDU/CSU)	28, 29
Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	3
Lenke, Ina (F.D.P.)	37, 38
Lietz, Ursula (CDU/CSU)	30, 31
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	8, 9
Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	22, 23
Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	14, 15
Raidel, Hans (CDU/CSU)	34, 35
Rossmanith, Kurt J. (CDU/CSU)	10, 11
Schäfer, Anita (CDU/CSU)	24, 25
Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	51, 52
Schmidt, Andreas (Mülheim) (CDU/CSU)	49, 50
Sehn, Marita (F.D.P.)	58, 59
Dr. Seifert, Ilja (PDS)	1, 2
Siemann, Werner (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	55, 56
Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	45, 46
Volquartz, Angelika (CDU/CSU)	5, 36
Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	4

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Wie sind die öffentlichen Äußerungen der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, über die Öffnung von Möglichkeiten für Gentests im Rahmen der Präimplantationsdiagnostik (PID) vor dem Hintergrund zu bewerten, dass die Bundesregierung in absehbarer Zeit offenbar keine neuen Gesetze zur Gentechnik erlassen will, und welcher Zeitraum ist mit dem Begriff „absehbare Zeit“ gemeint (s. Interview für die Berliner Zeitung am 3. Februar 2001 sowie DIE WELT am 5. Februar 2001)?

2. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung in ihren Überlegungen zur Präimplantationsdiagnostik – und im weiteren Sinne zur Fortpflanzungsmedizin – den vom Deutschen Behindertenrat (DBR) am 4. Dezember 2000 und von Experten bei einer Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Recht und Ethik der modernen Medizin“ am 13. November 2000 gegen die PID geäußerten Bedenken bei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordnete **Vera Lengsfeld** (CDU/CSU)

Hat nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die heutige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, am 26. April 1996 an einer Demonstration am Atomkraftwerk Grundremmingen teilgenommen, bei der zur Demontage von Bahnanlagen aufgerufen wurde, und wenn ja, hält es die Bundesregierung für opportun, dass die Staatssekretärin für die nächsten CASTOR-Transporte mitverantwortlich ist?

4. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)

Welche inhaltliche und gestalterische Verbindung sieht die Bundesregierung zwischen ihrem neuen Klimaschutzprogramm und den Darstellungen auf der S. 16 sowie der S. 28 der Broschüre „Damit weniger in die Luft geht“, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom Dezember 2000?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

5. Abgeordnete **Angelika Volquartz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass durch die Regelung des § 57c Abs. 2 Hochschulrahmengesetz, der eine längstmögliche Befristung von Arbeitsverträgen bestimmter Gruppierungen des Hochschulpersonals von fünf Jahren vorsieht, viele Forschungseinrichtungen gezwungen sind, bei Ablauf dieser Frist für Forschungsprojekte nach fünf Jahren neues Personal einzustellen, auch wenn das entsprechende Forschungsprojekt noch nicht abgeschlossen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Veränderung dieser Vorschrift z. B. im Rahmen der Hochschuldienstrechtsreform?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (F.D.P.)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von einer Aufforderung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 ihr wissenschaftliches Beweismaterial vorzulegen, das ihrer Ansicht nach ein Einfuhrverbot für Staffordshire Bull Terrier, Pitbull Terrier und American Staffordshire Terrier rechtfertigen könnte, und wenn ja, in welcher Weise ist die Bundesregierung dieser Aufforderung nachgekommen?

7. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (F.D.P.)

Trifft es zu, dass die Europäische Kommission darüber hinaus die Bundesregierung darum gebeten hat, nach dem Vorbild von Frankreich und Großbritannien die Annahme von weniger drastischen Maßnahmen (als beispielsweise ein Einfuhrverbot) zu erwägen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ausführungen des Bundesfinanzhofes im Urteil vom 30. November 2000 (Az: V R 30/00), in dem das höchste deutsche Finanzgericht Zweifel äußert, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der zu den allgemeinen Grundsätzen des Gemeinschafts-

rechts gehört, beim pauschalen 50 %igen Vorsteuerabzugsverbot bei einem betrieblich genutzten PKW, der auch privat mitgenutzt wird, gewahrt wird?

9. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung den Berechnungen im Schreiben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) an das Bundesministerium der Finanzen vom 25. Januar 2001 im Rahmen der Änderungen der AfA-Tabellen (AfA: Absetzung für Abnutzungen) zu?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

10. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis brachte die „Nachbereitung des Entwurfs“ (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, am 30. Januar 2001 in der „Augsburger Allgemeinen“) über die Feinausplanung und Stationierung der Bundeswehr für die Standorte in Bayern und im Besonderen im Regierungsbezirk Schwaben?

11. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Verbleibt das Jagdbombergeschwader 34 „Allgäu“ am Standort Memmingerberg, und falls nein, für welchen Zeitrahmen ist die Auflösung vorgesehen?

12. Abgeordneter **Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU)

Welche Alternativen sieht die Bundesregierung zur angekündigten Schließung des Bundeswehrstandortes Schneeberg in Sachsen vor dem Hintergrund, dass aufgrund von Wismutaltlasten diese EU-Grenzregion besonders hart betroffen ist und seit 1990 ca. 110 Mio. DM in die Infrastruktur des Standortes investiert worden sind?

13. Abgeordneter **Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Alternative, aus dem Standort Leipzig, wo noch ca. 3 000 Soldaten stationiert bleiben sollen, der aber ein wesentlich besseres wirtschaftliches Umfeld als die Region um Schneeberg aufweist, ca. 1 000 Soldaten im Standort Schneeberg zu stationieren, damit der für die Region Südwestsachsen wichtige Standort erhalten bleibt?

14. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (F.D.P.)

Wie viele Mannschafts- und Unteroffizierdienstposten sind zurzeit nicht besetzt, jeweils quantitativ unterteilt nach den Teilstreitkräften, und wie stellt sich die Entwicklung bei den Weiterverpflichtungen – unterteilt nach denselben Kriterien – dar?

15. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (F.D.P.)

Wie verläuft die aktuelle, zahlenmäßige Entwicklung bei der Einberufung von Grundwehrdienstleistenden ab dem Jahr 1998 bis zum Jahr 2001, und wie sind die Planungszahlen für die kommenden Jahre?

16. Abgeordnete **Irmgard Karwatzki** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden die im November 2000 noch in Erarbeitung befindlichen Verteilungskriterien und die Prioritätenliste für die Ausgabe der eingeplanten 1 Mrd. DM Mehrerlöse im Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) nicht dem Deutschen Bundestag vorgelegt?

17. Abgeordnete **Irmgard Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass aufgrund der mangelnden Finanzausstattung des Haushalts des BMVg im laufenden Haushaltsjahr keine neuen Beschaffungsvorlagen, sog. 50-Mio.-Vorlagen, dem Deutschen Bundestag mehr vorgelegt werden können und damit dringend notwendige neue Beschaffungsprojekte zur Modernisierung der Bundeswehr im laufenden Haushaltsjahr nicht finanziert werden können?

18. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Treffen Medienberichte, zuletzt im „SPIEGEL“ vom 5. Februar 2001, zu, wonach sich aus einer Vorlage der Haushaltsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) ergebe, dass der Haushalt des BMVg für das Jahr 2001 mit sog. Überkippern und wegen unbezahlter Rechnungen aus dem Haushaltsjahr 2000 in Höhe bis ca. 800 Mio. DM vorbelastet sei, falls nein, wie hoch sind die Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2000 für den laufenden Verteidigungsetat tatsächlich?

19. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie wirken sich die Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2000 im laufenden Haushalt des BMVg 2001 auf Vorhaben in der Materialverantwortung der Inspekteure des Heeres, der Luftwaffe, Marine und der Streitkräftebasis aus?

20. Abgeordneter **Paul Breuer** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass die vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, behauptete Mehrausgabemöglichkeit im Haushalt des BMVg 1999 in Höhe von 1 Mrd. DM hauptsächlich aus den beschlossenen Verstärkungen aus dem Einzelplan 60 für den Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien sowie aus den schon von der ehemaligen Bundesregierung beschlossenen Einnahmevermerken im Kapitel 14 12 und 14 15, z. B. Einnahmen aus Verkäufen von Liegenschaften und Rüstungsmaterial, für die Jahre 1998 und die Folgejahre bestehen?

21. Abgeordneter **Paul Breuer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen legt der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die von ihm zugesagte und über den normalen Abschlussbericht zum Haushalt des BMVg 2000 hinausgehende Erläuterung zur von ihm auch für das Haushaltsjahr 2000 behaupteten 1 Mrd. DM Mehrausgabemöglichkeit für den Haushalt des BMVg 2000 nicht vor?

22. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Welches Standortfolge-Konzept für die Nutzung der Liegenschaft in Sonthofen und neue Investitionen hat die Bundesregierung nach der Verlegung der Schule für Feldjäger und Stabsdienste aus der Generaloberst-Beck-Kaserne Sonthofen nach Hannover?

23. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung zwischenzeitlich das vorgelegte Einsparkonzept zur Reduzierung der geplanten Infrastrukturkosten von 75 Mio. auf 40 Mio. DM zur Kenntnis genommen, und besteht auf dieser Basis eine Chance, die Entscheidung der Verlegung der Feldjäger und Stabsdienste von Sonthofen nach Hannover zu revidieren?

24. Abgeordnete **Anita Schäfer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen musste der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die noch am 19. Januar 2001 für Ende Januar/Anfang Februar zugesagte Vorlage eines Material- und Ausrüstungskonzepts bis voraussichtlich Ende März 2001 verschieben?

25. Abgeordnete **Anita Schäfer** (CDU/CSU)

Mit welchen zusätzlichen und im Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung 2001 noch nicht etatisierten Ausgaben rechnet der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, für den für En-

de März 2001 angekündigten Gesetzentwurf für von ihm versprochene Besoldungs- und Strukturverbesserungen vor allem für die Soldaten der Bundeswehr, und ist es zutreffend, dass die Besoldungs- und Strukturverbesserungen erst mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft treten sollen?

26. Abgeordneter **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Inwieweit haben bei der Entscheidung der Schließung von Bundeswehrstandorten in Mecklenburg-Vorpommern die vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, zuvor genannten Kriterien wie Stand der Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Entwicklung in der Region eine Rolle gespielt?

27. Abgeordneter **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Inwieweit wurde auch das Kriterium der internationalen Einbindung und damit die Rolle des Trinationalen Korps zwischen Dänemark, Deutschland und Polen bei der Entscheidung zur beinahe kompletten Schließung des Standortes Eggesin berücksichtigt?

28. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben die Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2000 im laufenden Haushalt des BMVg auf die Materialerhaltung und den Betrieb bei den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe, Marine und Streitkräftebasis?

29. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben die Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2000 auf die Investitionen im laufenden Haushalt des BMVg?

30. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen legt der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die von ihm selbst im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zugesagte Aufstellung über die von ihm für das Haushaltsjahr 1999 behauptete mehr zur Verfügung gestandene 1 Mrd. DM für den Verteidigungsetat nicht vor?

31. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen legt der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, entgegen seiner Zusage vom 25. Oktober 2000 und zuletzt wiederholt in der Antwort des Parlamentarischen Staats-

sekretärs beim Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, auf die Fragen 19 und 20 des Abgeordneten Kurt J. Rossmanith in der Fragestunde am 15. November 2000 (Plenarprotokoll 14/132, S. 12746 D) den Bericht über die Erwartungen der Mehreinnahmen und Minderausgaben aus Effizienzsteigerungen sowie aus Veräußerungserlösen für das Jahr 2001 dem Deutschen Bundestag nicht vor, und warum hat er die selbst gesetzte Vorlagefrist des 15. Januar 2001 verstreichen lassen?

32. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Warum sah sich die Bundesregierung nicht in der Lage, meine schriftlichen Fragen vom 30. Januar 2001 zu den Gründen für die beabsichtigte Schließung des Bundeswehrstandortes Stadtoldendorf im Landkreis Holzminden und zu etwaigen Kompensationsmaßnahmen fristgerecht bis zum 6. Februar 2001, sondern erst am Tage einer angesetzten Großdemonstration vor Ort zu beantworten, obgleich die Parlamentarische Staatssekretärin im BMVg, Brigitte Schulte, zu diesem Vorgang in einer Pressekonferenz in Stadtoldendorf am 31. Januar 2001 (bei der andere Abgeordnete, die sich für den Erhalt des Standortes einsetzen wollten, ausgesperrt wurden (Täglicher Anzeiger Holzminden, 2. Februar 2001)) bereits inhaltlich Stellung genommen hat?

33. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass einerseits die Parlamentarische Staatssekretärin im BMVg, Brigitte Schulte, als Wahlkreisabgeordnete hinsichtlich der beabsichtigten Schließung des Bundeswehrstandortes Stadtoldendorf im Gespräch mit den Betroffenen vor Ort den Eindruck erweckt hat, dass für eine Änderung des Konzeptentwurfs noch Spielraum bestehe (Täglicher Anzeiger Holzminden, 1. Februar 2001), während der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, in einem Gespräch mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Siegmar Gabriel und dem Niedersächsischen Innenminister Heiner Bartling am 5. Februar 2001 jede Hoffnung auf Verhinderung der Schließung eines einzigen Standortes nahm (Rundblick/Nordreport, 7. Februar 2001)?

34. Abgeordneter **Hans Raidel** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass die Ausgaben für die vorzeitigen Zurruhesetzungen von Arbeitern und Angestellten der Bundeswehr auf der Basis von noch auszuhandelnden Tarifverträgen allein aus dem Haushalt des BMVg gezahlt werden müssen, und falls ja, wie hoch werden die Kosten dafür veranschlagt?

35. Abgeordneter **Hans Raidel** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Ausgaben für die bereits beschlossenen Besoldungs- und Tariferhöhungen für das Jahr 2001 im Haushalt des BMVg, und aus welchen Kapiteln im Haushalt des BMVg sollen diese finanziert werden?

36. Abgeordnete **Angelika Volquartz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundeswehrfachschule Kiel seit Jahren konstant über ca. 180 bis 200 Lehrgangsteilnehmer verfügt, und wie ist die Entscheidung diese Schule zu schließen mit dem von der Bundesregierung im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr angestrebten Ziel vereinbar, die berufliche Qualifikation der Soldaten zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

37. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Plant die Bundesregierung, wie in der „Berliner Zeitung“ vom 20. Januar 2001 zu lesen war, jährlich einen Milliardenbetrag an die Bundesländer auszuzahlen, um mehr Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen?

38. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Hält die Bundesregierung das vom Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, gesetzte Limit von 5,7 Mrd. DM für die Verbesserung der Familienförderung noch für ausreichend, um das Kindergeld 2002 um 30 DM zu erhöhen, wenn aus diesem Ansatz auch ein Milliardenbetrag für die Errichtung neuer Betreuungsplätze für Kinder finanziert werden soll?

39. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung ihre Ankündigung in der „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (Bundestagsdrucksache 14/4586), das Wissen um das deutsche kulturelle Erbe auch in den jeweiligen Jugendaustausch mit den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands einzubeziehen, vor allem mit Blick auf das deutsch-polnische Jugendwerk, aber auch im deutsch-tschechischen Jugendaustausch umzusetzen, und welche diesbezüglichen Erörterungen hat es hierzu mit den zuständigen Bundesressorts, Jugendverbänden und Experten gegeben bzw. wird es in absehbarer Zeit geben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

40. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Erörterungen innerhalb der Regierung und des Parlaments der Bundesrepublik Jugoslawien hinsichtlich eines neuen Gesetzes zum Schutz nationaler Minderheiten, und in welcher Weise will die Bundesregierung die Förderung des Deutschen Volksverbandes in Jugoslawien vor dem Hintergrund der dortigen politischen Veränderungen entwickeln?

41. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)

Seit wann kennt der jetzige Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, den jetzigen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts, Hans-Gerhart Schmierer, und bei welcher Gelegenheit lernten sich beide kennen?

42. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)

Trifft es zu, dass der Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, Hans-Gerhart Schmierer gegenüber dem Massenmörder Pol Pot in Kambodscha positiv eingestellt gewesen ist (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 2001, DER SPIEGEL vom 29. Januar 2001)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

43. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Wann ist der Bundesregierung bekannt geworden, dass sich Alfred Sirven bereit erklärt hatte, nach ausreichender Vorbereitungszeit vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages auszusagen?

44. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Welche zeitlichen Übergabefristen gibt es aufgrund von Rechtsvorschriften für die Auslieferung eines Ausländers, und inwieweit hat die Bundesregierung den von den Rechtsvorschriften vorgegebenen zeitlichen Rahmen bei der Auslieferung von Alfred Sirven genutzt?

45. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

Was ist zwischen der Bundesregierung und französischen Behörden im Zusammenhang mit der Auslieferung von Alfred Sirven besprochen worden?

46. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

War der Bundesregierung bei ihrem Handeln hinsichtlich der Auslieferung von Alfred Sirven bewusst, dass französische Justizbehörden sich bisher geweigert haben, die Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses der 14. Wahlperiode durch Gewährung von Rechtshilfe zu unterstützen?

47. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung über das Eintreffen von Alfred Sirven auf dem Flughafen Frankfurt informiert worden, und was hat sie daraufhin unternommen?

48. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Seit wann lagen deutschen Behörden gegen Alfred Sirven ein internationaler Haftbefehl sowie ein Auslieferungsersuchen französischer Behörden vor?

49. Abgeordneter **Andreas Schmidt (Mülheim)** (CDU/CSU)

Welche Informationen sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Festnahme von Alfred Sirven von hessischen Behörden übermittelt worden?

50. Abgeordneter **Andreas Schmidt (Mülheim)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung nach dem etwaigen Eingang von Informationen durch hessische Behörden unternommen?

51. Abgeordneter **Dietmar Schlee** (CDU/CSU)

Welche Behörden des Bundes haben während der Auslieferungshaft Alfred Sirven vernommen und mit welchem Ergebnis?

52. Abgeordneter **Dietmar Schlee** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung aufgrund der vom Vorsitzenden des 1. Untersuchungsausschusses der 14. Legislaturperiode, Volker Neumann, am 7. Februar 2001 übermittelten Bitte bezüglich des weiteren Verbleibs von Alfred Sirven in Deutschland unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

53. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Kontrollen beim Import von BSE-verseuchtem Tiermehl nach Deutschland oder in andere Staaten versagt haben?

54. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Welche Konsequenzen haben festgestellte Fehler und Lücken bei der Kontrolle von BSE-verseuchtem Tiermehl nach sich gezogen?

55. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Vorkehrungen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten gegen den Import von Tiermehl, das mit BSE-Erregern verseucht ist, unternommen haben und zukünftig vorsehen?

56. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, wer für das Inverkehrbringen von BSE-verseuchtem Tiermehl verantwortlich ist?

57. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Vorkehrungen die Länder gegen den Import von Tiermehl, das mit BSE-Erregern verseucht ist, unternommen haben und zukünftig vorsehen?

58. Abgeordnete **Marita Sehn** (F.D.P.)

Wie viele Rinder wurden bisher in Deutschland mit Hilfe von BSE-Schnelltests untersucht und mit welchem Ergebnis?

59. Abgeordnete **Marita Sehn** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und auf welchen Wegen in der Vergangenheit Tiermehl, das mit dem BSE-Erregern verseucht war, nach Deutschland gelangt ist?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333